

Die Krimis der Serien „Tatort“ und „Polizeiruf 110“ sind manchmal spannend, manchmal langatmig, aber sie sind, folgt man dem Urteil des früheren Senderchefs von SAT.1, Roger Schawinski, Sendungen für Intellektuelle und Bildungsbürger. So verwundert es nicht, dass diese Filme am Sonntagabend seit Jahrzehnten gesellschaftliche Veränderungen aufnehmen und zeigen, wie das Zusammenleben der Menschen in unserem Land wahrgenommen wird.

Im „Tatort“ und im „Polizeiruf“ ist der demografische Wandel Thema. Es häufen sich Sendungen, in denen die Alterung der Bevölkerung oder die veränderten Familienstrukturen vorkommen, nicht immer im kriminalistischen Hauptstrang, häufig in den persönlichen Erfahrungen der Kommissare oder den Lebensumständen von Opfern, Tätern und Zeugen. Pflegebedürftige oder demenzkranke ältere Menschen kommen vor wie letztes bei einem „Tatort“ aus Ludwigshafen. Es gibt Auseinandersetzungen zwischen den Kölner Kommissaren über den Erfahrungsvorsprung von Menschen mit Kindern gegenüber denen ohne, Uwe Steimle leidet als Kommissar Hinrichs im „Polizeiruf 110“ aus Schwerin unter der Trennung von Frau und Kindern. Wie anders war es noch in den Siebzigerjahren, als der von Hansjörg Felmy gespielte Kommissar Klaus Haferkamp der zufriedene geschiedene Mann war, der sich gelegentlich entspannt mit seiner Ex-Frau traf.

Doch Alterung und Familienstrukturen sind erst seit einigen Jahren in der öf-

fentlichen Wahrnehmung von Relevanz. Im Bundestag wurden Alter und Altern bis Mitte der 1980er-Jahre abseits der Rententhematik kaum diskutiert. Bevölkerungsfragen wurden aus Angst vor Vergleichen mit der Nazi-Zeit mit großer Vorsicht behandelt. Familienstrukturen waren Privatangelegenheit. Einzelne Experten hatten sich schon lange mit dem demografischen Wandel und seinen Auswirkungen befasst. Die spätere Bundesministerin Ursula Lehr gehörte seit den Fünfzigerjahren zu den wenigen Wissenschaftlern, für die das Altern Schwerpunkt war und die versuchten, die demografische Entwicklung und die Stellung älterer Menschen in der Fachöffentlichkeit zu diskutieren. Ab Anfang der Achtzigerjahre geriet einiges in Bewegung. So wurde im Jahr 1984 eine Sachverständigenkommission zur Erstellung des vierten Familienberichts eingesetzt, der sich mit dem damals exotischen Thema „Familie und ältere Menschen“ beschäftigte. 1987/88 gab es eine Zukunftskommission des Landes Baden-Württemberg zum Thema „Altern als Chance und Herausforderung“, von 1992 bis 2002 setzte der Bundestag insgesamt dreimal die Enquete-Kommission „Demografischer Wandel“ ein, 1993 wurde der erste Altenbericht der Bundesregierung veröffentlicht. Es folgten viele weitere Expertisen, Kommissionen, Berichte von Bund, Ländern und Stiftungen. Dennoch: Bis zum Ende der Neunzigerjahre war der demografische Wandel für die meisten ein Bedrohungsszenario der Zu-

kunft mit wenig Relevanz für die Gegenwart. Die Auswirkungen waren im Alltag wenig spürbar.

Schaut man sich die demografischen Daten an, ist das auch wenig verwunderlich. So sank zum Beispiel die Zahl der über achtzigjährigen Menschen in Deutschland zwischen 1995 und 2000 deutlich. Die 1995 neu eingeführte Pflegeversicherung traf somit auf eine sinkende Nachfrage bei gleichzeitiger Ausweitung des Angebots. Das Ergebnis: vielfach Überkapazitäten, leere Heimplätze. Das hatte es die Jahre davor nicht gegeben. Daraus schlossen einige, dass die Probleme der Bevölkerungsentwicklung wohl doch etwas übertrieben würden und irgendwie beherrschbar seien. Jedoch waren diese Jahre ein demografischer Ausnahmefall: Die durch den Ersten Weltkrieg besonders geburtenschwachen Jahrgänge 1915 bis 1919 kamen in das hohe Alter und lösten die geburtenstarken Jahrgänge bis 1914 ab. Der Trend drehte sich danach um, die starken Jahrgänge ab 1920 kamen ins hohe Alter, die Zahl der Achtzigjährigen steigt seit einigen Jahren deutlich an.

Schleichende Auswirkungen

Der demografische Wandel darf jedoch nicht auf die Alterung reduziert werden. Will man eine Einschätzung der Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf unsere gesellschaftliche Zukunft wagen, so bringt es nicht viel, einzelne Trends zu interpretieren. Die Tatsache allein, dass die Menschen älter werden, bedeutet wenig, wenn man nicht weiß, wie sich zum Beispiel der Gesundheitszustand oder die Beteiligung am Erwerbsprozess entwickelt.

In Deutschland sind parallel mehrere Entwicklungen zu verzeichnen, die sich gegenseitig beeinflussen und in ihren Auswirkungen verstärken können: Die Menschen werden immer älter. Weniger Kinder werden geboren. Weniger Men-

schen heiraten oder leben auf Dauer zusammen. Mehr Ehen werden geschieden. Das hat zur Konsequenz: Es gibt immer mehr ältere Menschen, die selbst bereits weniger oder keine Kinder haben. Eine wachsende Gruppe unter ihnen ist geschieden, und viele Ältere haben geschiedene Kinder. Die meisten haben noch Enkelkinder, aber keine große Enkelschar mehr, aus mehr Kinderlosen über mehrere Generationen folgen auch mehr Enkellose.

Das kann man je nach Einschätzung für privates Schicksal oder persönliche Tragik halten. Dennoch hat die Kombination der Trends eine entscheidende gesellschaftliche und politische Dimension: Wer hilft wem, wenn Hilfe nötig ist? Was ist, wenn das sicherste Hilfenetz, die Familie, nicht oder nur in geringem Ausmaß zur Verfügung steht? Den Schwiegereltern hilft man in der Regel noch, aber den Ex-Schwiegereltern? Wer tritt an die Stelle der Familienangehörigen? Können ersatzweise Nachbarschaften oder Freunde Unterstützung bieten, oder wird verstärkt professionelle Hilfe nötig? Wer bezahlt Letztere, und woher kommt bei schrumpfender Bevölkerung das Personal?

Demografische Entwicklungen sind langsam, aber nachhaltig, die Auswirkungen schleichend, aber in der Regel dauerhaft. Die Lebenserwartung steigt weiter, vermutlich ist sie bereits jetzt höher als derzeit ausgewiesen, die amtliche Statistik hinkt aus methodischen Gründen hinterher. Die Kinderzahl ist gering, und selbst wenn sie wieder etwas steigen sollte, wird sie nicht groß genug sein, damit die junge Generation von der Zahl her ungefähr so stark wird wie die mittlere. Die Zahl der lebenslang Kinderlosen ist gewachsen. Waren es früher nur fünf bis zehn Prozent, ist die Zahl in den mittleren Jahrgängen auf über zwanzig Prozent gestiegen, für die nachrückenden Jahrgänge werden nach dem derzeitigen Stand sogar dreißig Prozent erwartet.

Das gerechte Miteinander der Generationen liegt im Interesse einer demokratisch verfassten Gesellschaft.
 © picture-alliance/dpa, Foto: Uwe Anspach



Immer weniger Kinder werden in Familien geboren, in denen die Eltern verheiratet sind. Die Zahl der Ehen geht seit Jahrzehnten zurück, doch wurde das bis in die Neunzigerjahre hinein durch nicht eheliche Lebensgemeinschaften nahezu komplett kompensiert. Seit einigen Jahren geschieht das nicht mehr, der Anteil Alleinlebender oder Alleinerziehender steigt in den jüngeren Jahrgängen. Lebten noch Anfang der Siebzigerjahre 93 Prozent der Kinder bis zu ihrem achtzehnten Lebensjahr mit beiden Elternteilen, waren es 2000 nur noch 84 Prozent, in den neuen Bundesländern sogar nur 69 Prozent.

Die Bedeutung der Zuwanderung ist groß, eine verlässliche Einschätzung der

Größenordnung für die Zukunft jedoch schwierig, weil sich Wanderungsbewegungen viel schlechter über Jahrzehnte abschätzen lassen als die natürliche Bevölkerungsentwicklung durch Geburten und Sterbefälle. Jedoch hat bereits heute in einer Stadt wie Duisburg ein Drittel der Einwohner Migrationshintergrund, das heißt, mindestens ein Elternteil ist im Ausland geboren.

Internationale Erfahrungen

Nun stehen wir international nicht allein da. Alterungsprozesse der Bevölkerung, verbunden mit einer geringeren Kinderzahl, gibt es in nahezu allen Ländern der Erde. Diese ist in Deutschland noch

nicht einmal besonders extrem. Galten wir vor einigen Jahren noch als Weltmeister im Nicht-Kinder-Bekommen, so hat eine Reihe von Staaten mittlerweile aufgeschlossen oder uns überholt. Das gilt für die südeuropäischen Länder Italien, Portugal, Spanien, Griechenland, aber auch für osteuropäische Länder und verschiedene Staaten oder Regionen Asiens.

Der Alterungsprozess der Bevölkerung verlief in Deutschland einigermaßen gemächlich. So wurde zwar bereits im Jahr 1932 ein Anteil von sieben Prozent bei den 65-Jährigen und Älteren erreicht, bis zur Verdoppelung dauerte es jedoch vierzig Jahre, bis zur Verdreifachung weitere vierzig Jahre. In anderen Ländern sind die Zahlen deutlich kürzer. Italien benötigte zwar 61 Jahre bis zur Verdoppelung, aber nur weitere neunzehn Jahre bis zur Verdreifachung. In Korea ist die Dynamik derzeit besonders zu spüren. Erst im Jahr 2000 betrug der Anteil sieben Prozent, bereits zweiundzwanzig Jahre später wird er sich verdoppelt haben, nach nur weiteren zehn Jahren ist die Verdreifachung erreicht. Der Vorteil eines längeren Übergangs liegt nicht nur darin, dass es mehr Zeit gibt, die sozialen Sicherungssysteme oder die Infrastruktur an die veränderte Situation anzupassen, sondern dass sich auch Einstellungen und Verhaltensweisen der Menschen im Zusammenleben der Generationen ändern können. Die große Dynamik des Alterns in Korea führt zu extremem Anpassungsdruck auch bei jahrhundertealten Familientraditionen. So ist es aus hergebrachter Sichtweise unverzichtbar, dass die Betreuung von kranken und pflegebedürftigen älteren Menschen immer durch die Ehefrau des ältesten Sohnes zu erfolgen hat. Bereits die Pflege durch die eigene Tochter wird von vielen als familiäres Versagen gewertet. Bei der sich stark wandelnden Altersstruktur der koreanischen Gesellschaft sind diese starren Tra-

ditionen der Hilfgewährung nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Regionale Unterschiede

Oft übersehen wird, dass die demografische Entwicklung in Deutschland sehr unterschiedlich abläuft, interessanterweise nicht nur in den Dimensionen Ost/West, Nord/Süd oder Stadt/Land. Einige Beispiele, die sich auf den Zeitraum von 2003 bis 2020 beziehen: Während in Frankfurt am Main die Bevölkerungszahl um drei Prozent abnimmt, steigt sie in Potsdam um elf Prozent oder im Rhein-Sieg-Kreis um 5,5 Prozent. In Herne nimmt sie um sieben Prozent ab, im sächsischen Vogtlandkreis (alter Kreiszuschnitt) um 11,4 Prozent. Erscheint das noch bei näherem Hinsehen irgendwie erklärbar, so zeigen sich bei der Gruppe der Achtzigjährigen und Älteren extreme Unterschiede: Diese Altersgruppe wächst in Potsdam um 134,8 Prozent, im Rhein-Sieg-Kreis um 100,0 Prozent, in Frankfurt jedoch nur um 17,8 Prozent, während in Herne die Steigerung 59,9 Prozent und im Vogtlandkreis 67,1 Prozent beträgt. Damit wird deutlich, dass eine bundesweite Betrachtung oft nicht weiterführt. Politische und planerische Konsequenzen müssen regional gezogen werden. Was in der einen Kommune gilt, muss in der anderen nicht richtig sein.

Die hier skizzierten Entwicklungslinien machen eines klar. Die künftigen älteren Generationen werden sich deutlich von der jetzigen unterscheiden. Erfahrungen, die die aktuelle mittlere Generation mit ihren Eltern und Großeltern macht, werden nur wenig dabei helfen, das eigene Alter zu bewältigen. Zwar wird der demografische Wandel häufig negativ bewertet, doch sind neben Lasten, die die künftigen älteren Menschen zu schultern haben, auch sehr positive Trends zu verzeichnen.

Zu den problematischen Faktoren, die sich weiter verstärken, zählt sicherlich,

dass der wachsenden Zahl der Älteren eine schrumpfende Zahl von Jüngeren gegenübersteht. Das hat Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme, aber auch beim Arbeitskräfteangebot. Zunehmend schwieriger werden die bereits oben geschilderten Familienstrukturen: Die Familien werden kleiner und komplizierter. Während die jetzige ältere Generation die „Patchworkfamilien“ eher bei ihren Kindern und Enkeln sieht, werden die kommenden Generationen in einem großen Ausmaß selbst Teil des Patchworks sein mit den geschilderten Problemen, verlässliche Hilfestrukturen zu organisieren. Problematisch wird sicherlich für viele die wirtschaftliche Situation im Alter. Die große Rentenreform der Regierung Schröder wird zu einem erheblich geringeren Absicherungsniveau in der Zukunft führen. Zusätzliche private Vorsorge können sich nicht alle leisten. Zudem ist zu befürchten, dass die aktuelle Finanzkrise und die Erfahrung von zwei Börsencrashes innerhalb weniger Jahre viele an der Nachhaltigkeit und damit Sinnhaftigkeit langfristiger Sparbemühungen zweifeln lassen. Die historisch einmalige Situation der letzten Jahrzehnte, dass innerhalb der Familien die Älteren die Jüngeren finanziell stärker unterstützen als umgekehrt, wird sich vermutlich wieder umkehren. Besondere wirtschaftliche Probleme wird die Gruppe der geschiedenen älteren Menschen haben. Wenn bei einem Ehepaar die Ressourcen noch reichen, kann es bei demselben Einkommen bei zwei Geschiedenen mit jeweils eigenem Haushalt prekär werden.

Positive Trends

In einigen Bereichen werden die Älteren der Zukunft jedoch deutlich bessere Voraussetzungen haben als die heutige ältere Generation. Es deutet vieles darauf hin, dass der Trend zu einem gesünderen Alter weitergeht. Schon heute werden

Siebzigjährige kaum noch als Menschen im hohen Lebensalter wahrgenommen, wie es vor vierzig Jahren noch üblich war. Schwere Krankheiten treten später im Lebenslauf auf, viele können geheilt oder in ihren Auswirkungen gemildert werden. Aufwendige und komplexe Therapien werden auch bei alten Menschen mit Erfolg angewandt. Technische Hilfsmittel, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, wurden entwickelt und werden eingesetzt, besonders zur Erleichterung der Kommunikation und der Mobilität. Serviceleistungen, zum Beispiel Mahlzeiten- und Transportdienste oder ambulante Pflege, stehen flächendeckend zur Verfügung. Ein weiterer positiver Faktor ist, dass ältere Menschen in der Regel über ausreichend Wohnraum verfügen – und zwar solchen, über den sie frei verfügen können, weil sie nicht mit den Kindern in einem Haushalt zusammenwohnen, ein Arrangement, das entgegen landläufiger Meinung von kaum jemandem gewünscht wird und dessen Idealisierung beim Blick auf die Vergangenheit nach den Quellen, die zur Verfügung stehen, völlig falsch ist. Früher gab es in der Regel keine Alternative zum Zusammenleben der Generationen. Sobald Wohlstand und Wohnraumversorgung es möglich machten, nahmen sich die Älteren eigene Wohnungen. Auch das Bildungsniveau der Älteren hat sich positiv entwickelt. Von den heute hochaltrigen Frauen haben die meisten einen Volksschulabschluss, in sehr vielen Fällen ohne anschließende Berufsausbildung. Das ändert sich bereits seit einiger Zeit und wird in den kommenden Jahren zu deutlichen Verbesserungen führen. Eine durchschnittliche höhere Schul- und Berufsbildung korreliert nicht nur mit einer größeren Chance zur Bewältigung des Alltags im Alter, sondern auch mit einem verbesserten Gesundheitszustand und einer höheren Lebenserwartung.

Trotz der größeren Scheidungshäufigkeit wird die Zahl der älteren Ehepaare zunächst steigen, da die Jahrgänge ins Alter und auch ins hohe Alter kommen, in denen die Männer nicht mehr Soldaten im Zweiten Weltkrieg waren. Diese Jahrgänge sind im Verhältnis der Geschlechter ausgeglichener besetzt als die der alten Menschen in den vergangenen Jahrzehnten. Mehr Partnerschaften im Alter erhöhen auch die Chance auf mehr gegenseitige Hilfe, ohne auf andere Generationen oder Familienfremde zurückgreifen zu müssen.

Diese positiven Faktoren führen dazu, dass die Gruppe der jungen Senioren bis zum Alter von etwa achtzig Jahren im Tourismus, bei Bildungsveranstaltungen, beim freiwilligen Engagement oder in der Gremienarbeit der Kirchen, Parteien und Vereine eine sehr bedeutsame Rolle spielt.

Besetzung wichtiger Ämter

Die Älteren haben Erfahrung, sind zuverlässig, haben in der Regel keinen besonderen Ehrgeiz, weitere Ämter zu erlangen. Sie werden in der Zukunft eine noch bessere Bildung bei gutem Gesundheitszustand einbringen. Bereits jetzt läge das kirchliche Leben in großen Bereichen brach, wenn nicht ältere Menschen mit ihrem kontinuierlichen Engagement den organisatorischen Rahmen böten. Viele Vereine könnten ihre Gremien ohne ältere Menschen nicht mehr besetzen und müssten große Teile ihrer Arbeit einstellen. In der Politik gibt es zwar kein Personalproblem bei der Besetzung von Bundestags- oder Landtagsmandaten, in der Kommunalpolitik sieht es jedoch anders aus. Auch hier lassen sich ältere Menschen oft noch „breitschlagen“ weiterzumachen, weil es sonst keinen mehr gibt.

Die politische Bedeutung der Älteren wird steigen. Ältere Menschen sind eine wichtige und wachsende Wählergruppe,

zumal sie auch besonders zuverlässig von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Bei der Bundestagswahl 2005 stellten die Sechzigjährigen und Älteren 24,4 Prozent der Bevölkerung, 32,4 Prozent der Wahlberechtigten und 33,4 Prozent der Wähler. Zum Vergleich: Bei den Bundestagswahlen 1980, 1983 und 1987 lag der Anteil dieser Altersgruppe an den Wahlberechtigten bei 26,8, 27,8 und 28,0 Prozent. In der Zukunft wird er immer weiter ansteigen. Dennoch droht keine Herrschaft der Alten oder eine Dominanz der großen Gruppe der Senioren bei der Durchsetzung der eigenen Interessen.

Es gibt keinerlei Hinweise darauf, dass ältere Menschen bei ihrem Wahlverhalten in erster Linie die Interessen ihrer eigenen Generation im Blick haben und damit die Politik unter Druck setzen wollen. Alle Umfragen zeigen, dass gerade ältere Menschen an einem gerechten Miteinander der Generationen interessiert sind und wenig von der Durchsetzung spezifischer Forderungen ihrer Altersgruppe halten.

Dieses Beispiel zeigt, dass es immer falsch ist, von demografischen Fakten direkt auf Einstellungen oder gar Verhalten zu schließen. Bei aller Bedeutung der demografischen Entwicklung darf nicht vergessen werden, dass die Lebenswirklichkeit zusätzlich durch gesetzliche Regelungen, wirtschaftliche Verhältnisse, regionale Unterschiede, traditionelle Verankerungen und vieles mehr geprägt wird. Wenn auch die Bevölkerungsentwicklung selbst, wenn überhaupt, kaum oder nur sehr allmählich verändert werden kann, so gibt es viele Faktoren, bei denen es sich lohnt zu diskutieren, inwieweit sie gestaltbar sind, um eine durch die Demografie zweifellos wachsende Problematik positiv zu beeinflussen. Es ist fahrlässig, die Bedeutung der Bevölkerungsentwicklung kleinzureden, jedoch darf die Größe der Veränderungen nicht den Blick auf die Gestaltungsmöglichkeiten verbauen.